

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann,  
Dr. Alexander Wolf, Andrea Oelschlaeger, Dr. Joachim Körner und  
Detlef Ehlebracht (AfD)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018**

**Einzelplan 8.1**

### **Betr.: Auszahlung von Überstunden für Hamburger Polizisten**

Die Hamburgische Polizei arbeitet in allen Bereichen an der Belastungsgrenze. Seit Jahren schieben Hamburgs Polizisten einen Berg von circa 1 Million Überstunden vor sich her. Insbesondere betroffen sind das LKA und die Direktion Einsatz sowie die Direktion Polizeikommissariate und Verkehr (vergleiche Drs. 21/5123). Neuen Kriminalitätsschwerpunkten bei insgesamt wachsendem Kriminalitätsgeschehen stehen weit mehr als hundert unbesetzte Stellen gegenüber und führen zu einem kaum noch zu verantwortenden Überstundenberg bei der Landespolizei. Die gesundheitlichen und familiären Folgen dieser Politik bei den überlasteten Beamten sind evident.

Kommende Großveranstaltungen wie die OSZE im Dezember 2016 und der G20-Gipfel im kommenden Jahr, aber auch regelmäßige Veranstaltungen wie Hafengeburtstag, Harley Days, Motorrad-Gottesdienste sowie die besondere Versammlungslage bei Türken-Kurden-Kundgebungen und die Demonstrationen zum 1. Mai verstärken die Tendenz hin zu noch mehr Überstunden.

Der Personalratsvorsitzende der Polizei sprach kürzlich in einem viel beachteten Interview mit dem Radiosender NDR 90,3 von 200.000 bis 500.000 weiteren Überstunden, die bei der Landespolizei insbesondere wegen der Großveranstaltungen anfallen werden. Damit läge die Zahl der Überstunden insgesamt bei 1,2 bis 1,5 Millionen – ein unhaltbarer Zustand. Ein Freizeitausgleich, der stets vorrangig zum Ausgleich der Überstunden in Betracht zu ziehen ist, kann angesichts der katastrophalen Personalsituation der Hamburger Polizei nicht stattfinden.

Zwar plant der Senat bis 2021 zusätzliche 300 Stellen bei der Landespolizei. Angesichts der Kriminalitätswellen, die über Hamburg hinwegrollen, ist dieser Schritt längst überfällig. Kurzfristig können diese Stellen allerdings keinen Beitrag dazu leisten, dass Freizeitausgleiche gewährt werden.

Die Loyalität der Polizisten gegenüber ihrem Dienstherrn ist keine Einbahnstraße! Daher sind Überstunden – auch wenn dies nicht immer einen angemessenen Ausgleich darstellt – finanziell abzugelten.

Der Bund trägt bei der OSZE-Konferenz und beim G20-Gipfel nicht die Hamburg durch diese Veranstaltungen anfallenden Personalkosten. Von dieser Seite sind somit keine entsprechenden Finanzmittel zu erwarten.

Die Innenbehörde hatte im Jahr 2015 kaum ins Gewicht fallende 6.487 Überstunden finanziell mit 73.046 Euro ausgeglichen. Eine derartige Missachtung der Interessenlage von Polizisten darf sich im Jahr 2017 nicht wiederholen! Ein in dieser Hinsicht erstes hoffnungsvolles Signal war die Überstundenabgeltungsregelung im Jahr 2016.

Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind bezüglich der massiv anfallenden weiteren Überstunden jedoch keine entsprechenden Finanzmittel veranschlagt.

Die AfD-Fraktion fordert daher, dass für die Abgeltung der Überstunden von Polizisten in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 2 Millionen Euro bereitgestellt werden und auch in diesen Jahren ausgezahlt werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen,**

1. die Produktgruppen 275.04, 275.11, 275.12 und weitere um 2 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr aufzustocken.
2. Dieser Betrag ist umzuschichten aus der Produktgruppe 269.04 Zentrale Produktgruppe Verkehr und Straßenwesen, in dem unter Investitionen des Aufgabenbereichs 269 unter öffentliche Infrastruktur noch Ausgaben für Busbeschleunigungsprogramme versteckt sind. Die Busbeschleunigung wurde seit 2012 mit fast 260 Millionen Euro geplant und soll 2020 abgeschlossen sein. Von Anfang an wurde das Projekt von lauter Kritik begleitet. Inzwischen hat sich ergeben, dass die gewünschten Buslinien zwar geringfügig beschleunigt werden, viele andere aber auch entschleunigt werden. Die in Bau befindlichen Projekte müssen abgewickelt werden, neue Projekte aber nicht weiter realisiert werden.